

Jahrbuch für Pädagogik

Andreas Eis | Christian Grabau |
David Salomon (Hrsg.)

Jahrbuch für Pädagogik 2024
Deglobalisierung

BELTZ JUVENTA

Jahrbuch für Pädagogik

Begründet von

Kurt Beutler | Ulla Bracht | Hans-Jochen Gamm | Klaus Himmelstein |
Wolfgang Keim | Gernot Koneffke | Karl-Christoph Lingelbach | Gerd Radde |
Ulrich Wiegmann | Hasko Zimmer

Herausgegeben von

Carsten Bünger (Schwäbisch Gmünd) | Charlotte Chadderton (Derby) |
Agnieszka Czejkowska, (Leipzig/Graz) | Martin Dust (Hannover) | Andreas
Eis (Kassel) | Christian Grabau (Hagen) | Andrea Liesner (Hamburg) | Ingrid
Lohmann (Hamburg) | David Salomon (Darmstadt) | Susanne Spieker
(Landau) | Jürgen-Matthias Springer (Essen) | Anke Wischmann
(Flensburg)

Seit seiner ersten Ausgabe 1992 greift das Jahrbuch für Pädagogik gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen auf und stellt sie in eine doppelte Beziehung zur pädagogischen Diskussion: Zum einen wird gefragt, welche Konsequenzen die jeweils im Schwerpunktthema beleuchteten Entwicklungen für Erziehung und Bildung sowie im Hinblick auf die Möglichkeiten und Grenzen pädagogischer Konzeptionen haben. Dabei ist die Perspektive leitend, dass sich pädagogische Verhältnisse weder außerhalb gesellschaftlicher Bedingungen begreifen noch einfach aus ihnen ableiten lassen. Zum anderen sind gesellschaftliche Entwicklungen nicht erst auf der Ebene ihrer pädagogischen Effekte mehrdeutig und widersprüchlich. Vielmehr stellen sie in materieller, kultureller, politischer, sozialstruktureller oder technologischer Hinsicht komplexe Herausforderungen dar, die es zu analysieren gilt. Gesellschaftsdiagnostische Bestimmungen sind dabei nicht nur stets vorläufig, sondern auch in die Auseinandersetzungen um die angemessene Einordnung und Bewertung einbezogen. In diesem Sinne zielt das Jahrbuch für Pädagogik darauf ab, entlang kontroverser Positionen Räume der Kritik und Neufassung zu eröffnen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Die Verlagsgruppe Beltz behält sich die Nutzung ihrer Inhalte für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG ausdrücklich vor.

Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-8633-1 Print
ISBN 978-3-7799-8634-8 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-7799-8635-5 E-Book (ePub)

1. Auflage 2025

© 2025 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
service@beltz.de
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung: Ulrike Poppel
Satz: Helmut Rohde, Euskirchen
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza
Beltz Grafische Betriebe ist ein Unternehmen mit finanziellem Klimabeitrag
(ID 15985-2104-1001)
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor:innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Editorial: Deglobalisierung – Leerformel, Kampfbegriff oder Analysekonzept? <i>Andreas Eis, Christian Grabau und David Salomon</i>	9
---	---

I. Vielfachkrisen der Globalisierung

Von der Globalisierung zur Deglobalisierung – Perspektiven der Weltwahrnehmung und ihre Brüche <i>Gerd Steffens</i>	22
Das Globale und das Planetarische: Über Emanzipation, Anpassung, Bleiben und Regieren <i>Christian Grabau</i>	46
Strategie, Demokratie und Politische Bildung in einer Zeit nach der Zeitenwende <i>Mando Gloger</i>	63
Globalisierungskritik von rechts. Alain de Benoist, Chantal Mouffe und die Zukunft der Politischen Menschenrechtsbildung <i>Lukas Hofmann</i>	79

II. Analyse und Kritik von Bildungsverhältnissen

Biografische Bildungsprozesse im Spiegel der Deglobalisierung oder die Grenzen der transformatorischen Bildungsforschung <i>Anke Wischmann</i>	96
Deglobalisierung und Desillusionierung – Plurale Ökonomik in Zeiten wirtschaftspolitischer Veränderungen <i>Frederick Heussner</i>	109
Deglobalisierte Bildungsprozesse durch globalisierte Technik? Körpererleben und funktionalisierte Bildungsprozesse im Spannungsfeld (de-)globalisierender Tendenzen <i>Verena Freytag und Dirk Stederoth</i>	124
Die Coronakrise als Chance zur (Selbst-)Reflexion <i>Tobias Marczykowski</i>	141

III. Nachhaltigkeitsbildung und Globales Lernen

Von Kriegen, Krabben und Kybernetik. Umwelterziehungsdiskurse seit den 1970er Jahren <i>Jasmin Bentele und Anne Rohstock</i>	160
Globales Lernen (in) der (De-)Globalisierung <i>Nilda Inkermann</i>	183
„Die Früchte gehören allen und die Erde niemandem!“ Translokale Kämpfe um Gemeingüter oder ‚universelle‘ Rechte auf Ausbeutung? Konflikte um Menschenrechte und Rechte der Natur im <i>Globalen Lernen</i> <i>Andreas Eis</i>	203
Reproduktionsfeministische Kritik und <i>Eco-Commoning</i> : Eine deglobalisierende Intervention <i>Doris Gödl, Tanja Obex und Madeleine Scherrer</i>	220
Lernen zu verlernen in „Plurilogon“ – Eine Re-Definition globalen Austauschs? <i>Jasmin Goldhausen</i>	234
Historisches Stichwort	
Der Entrepreneur <i>Ingrid Lohmann</i>	252
Jahresrückblick	
7. Oktober 2023: Ein Wendepunkt – auch für die Pädagogik? <i>Samuel Stern und Katharina Baumgartner</i>	270
Rezensionen	
Ulrich Brand, Markus Wissen: Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München 2024: Oekom. 301 Seiten.	284
Juliane Hammermeister: Sinnbilder des Alltagsverstandes. Zur Bedeutung von Sinnbildungsprozessen in der institutionell gebundenen politischen Bildung. Wiesbaden 2023: Springer. 228 Seiten.	288
Sandra Koch: Der Kindergarten als Bildungs-Ort. Subjekt- und machtanalytische Perspektiven zur Pädagogik der frühen Kindheit. Weinheim/Basel 2022: Beltz Juventa. 215 Seiten.	291

Editorial: Deglobalisierung – Leerformel, Kampfbegriff oder Analysekonzept?

Andreas Eis, Christian Grabau und David Salomon

Globalisierung und Deglobalisierung

Als sich 2004 das Jahrbuch für Pädagogik dem Thema „Globalisierung und Bildung“ widmete, ging die Redaktion davon aus, dass man es mit umfassenden „(welt)gesellschaftlichen Transformationen“ zu tun hatte, die „Theorie und Praxis von Bildung in einem bisher nicht recht wahrgenommenen Umfang“ (Steffens/Weiß 2004, Klappentext) herausforderten. Die Fragilität und Krisenhaftigkeit des Globalisierungsprozesses bildeten auch damals einen Schwerpunkt des Jahrbuchs. Das historische Milieu nach dem 11. September 2001 – und insbesondere dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak – war bereits von einer Rückkehr militärischer Handlungslogiken geprägt. Erschreckend aktuell erscheint heute – zwanzig Jahre später – eine Passage im Editorial, in der die Autoren feststellen:

„Ökonomische Globalisierung geht mit starken Migrationsbewegungen und der Entstehung multiethnischer und multikultureller Gesellschaften einher. Die darin liegende Chance, nationale Einfalt durch kulturelle Vielfalt und eine wechselseitige Ergänzung und Durchdringung von Kulturbeständen zu überwinden (Miksch), wird durch gegenläufige Reaktionsbildungen überschattet. Kulturelle Globalisierung bedeutet keineswegs unbedingt die Entstehung einer Verschiedenheiten zwanglos integrierenden Globalkultur (Robertson), sie kann auch mit folgenreichen Identitätskrisen, xenophobischen Reaktionsmustern, Ethnozentrismen und dem Erstarken fundamentalistischer Haltungen, sie kann [...] mit dem Wiederaufleben rechts-extremistischer Orientierungen und ihrer zunehmenden Verlagerung ins Zentrum der Gesellschaft einhergehen; sie kann zum harten Aufeinanderprallen divergenter Selbstverständnisse und zu deren Stilisierung zum unversöhnlichen ‚Kulturkampf‘ (Huntington) führen, zu einem Aufeinanderprallen, das sich [...] in den Aktionen eines globalisierten Terrorismus und revanchistischer Eroberungsfeldzüge entladen kann, was in die Richtung der finsternen Prognosen eines heraufkommenden ‚imperialen Zeitalters‘ bzw. eines exterritorialisierten ‚Empire‘ weist (Guhéno, Hardt/Negri).“ (Ebd., S. 12)

Hier sind also tatsächlich beinahe alle Fragen angesprochen, die heute im Horizont des Begriffs einer *Deglobalisierung*¹ erörtert werden – wobei sich im gegenwärtigen Diskurs eine deutliche Akzentverschiebung beobachten lässt. In großen Teilen der zeitdiagnostischen Literatur der 1990er und 2000er Jahre galt „Globalität“ selbst als „eine nicht hintergehbare Bedingung menschlichen Handels am Ausgang dieses Jahrhunderts“ (Beck 1999, S. 35) – auch wenn schon damals die „Irrtümer des Globalismus“ (ebd., S. 3) samt der mit dem Globalisierungsprozess verbundenen Verwerfungen und Widersprüche, die mit den unerfüllten Versprechen von Frieden und Wohlstand durch globale Arbeitsteilung und Kooperationen einhergingen, ebenso ausführlich diskutiert wurden wie die gegenläufigen Tendenzen von Globalisierung und partieller Lokalisierung, die der britische Soziologe Roland Robertson (1998) im Neologismus „Glokalisierung“ zusammenfasste. An eine ernstliche Tendenzumkehr – von ökonomischer Verflechtung hin zu ihrer Entflechtung – glaubten nur wenige. Selbst scharfe Kritiker*innen der neoliberalen Globalisierung waren weitaus seltener wirkliche Globalisierungsgegner als vielmehr „Altermondialists“, die auf den Weltsozialforen nicht weniger, sondern eine andere, nicht ökonomisch verengte Form der internationalen Kooperation forderten und selbstbewusst betonten: „Eine andere Welt ist möglich“ (Mander/Cavanough 2003; vgl. Herkenrath 2011). Demensprechend wurde gerade auch in einer dem Neoliberalismus als leitender Wirtschaftsdoktrin kritisch gegenüberstehenden Literatur ausgelotet, welche Herausforderungen die „postnationale Konstellation“ (Habermas 1998) für demokratisches Regieren bereithielt und welche Möglichkeiten für politische Gestaltung die „Weltrisikogesellschaft“ (Beck 2007) lasse. Dass mitunter unterschätzt wurde, in welchem Maße gerade auch der *neoliberale* Globalisierungspfad ein *politisches* Projekt – und keineswegs ein quasi naturwüchsiger Prozess – war, beförderte einen Ökonomismus, der politischen Gegenstrategien eine bloß *reaktive* oder *einhegende* Rolle zuschrieb (vgl. Salomon 2005).

Von traditionellen Krisendebatten um den Globalisierungsprozess unterscheiden sich aktuelle Diskussionen um Deglobalisierung vor allem dadurch, dass sie einen Assoziationsraum eröffnen, in dem *Globalisierung* selbst nicht mehr alternativlos erscheint. In diesem Zusammenhang macht Stefan Schmalz (2022, S. 351) drei Ebenen aus, auf denen sich Bruchlinien der Globalisierung abzeichnen: „a) zwischen Staaten, b) innerhalb von Gesellschaften und c) bei deren jeweiliger sozialökologischer Einbettung.“ Standen die militärischen Auseinandersetzungen vor zwanzig Jahren noch im Zeichen von Diskussionen um ein „American Empire“ und den sogenannten „unipolaren Moment“ nach dem Ende des Kalten Krieges, so mehren sich mittlerweile die Anzeichen für eine „neue

1 Die Wortbildung „Deglobalisierung“ lässt sich bereits in den neunziger Jahren nachweisen. Schon Anfang der 2000er Jahre prägte Waldon Bello ihn als Programmbegriff (vgl. Bello 2002).

Blockkonfrontation“ (Solyt 2023) und den Rückfall in ein Zeitalter rivalisierender Imperialismen (vgl. Cox 1998, S. 54):

„Der Hegemonialkonflikt des 21. Jahrhunderts zwischen China und den USA dreht sich um den Modus der Globalisierung und die Machtverteilung im internationalen System. [...] Der zunächst latente Konflikt hat sich seit der Regierung Trump zu einem offenen Wirtschaftskrieg mit Importzöllen, Investitionskontrollen und Sanktionen gegenüber chinesischen (Digital-)Unternehmen gewandelt. Die russische Intervention in der Ukraine im Februar 2022 verschärft den Eindruck einer ‚Verwilderung‘ internationaler Beziehungen.“ (Schmalz 2022, S. 251 f.)

Zu dieser „geopolitischen“ Konfliktlinie kommen, wie Schmalz weiter ausführt, tiefgreifende innergesellschaftliche Verwerfungen und Konfliktlinien, in deren Kontext die bereits 2004 sichtbare „Kluft“ zwischen „Globalisierungsgewinnern“ und „Globalisierungsverlierern“ (Steffens/Weiß 2004, S. 11) von unterschiedlichen „rechtspopulistischen“ Hegemonieprojekten aufgegriffen wurde – und dies mit teilweise erheblichen Erfolgen (vgl. Schmalz 2022., S. 352). Beide Konfliktebenen erhalten zusätzliche Relevanz durch ihre Interaktion mit der – internationale Kooperation dringend erfordernden – ökologischen Menschheitskrise (vgl. Brand/Wissen 2024): „Geopolitische Konflikte bremsen die sozialökonomische Transformation aus, nationalistische Bewegungen senken die Bereitschaft zur internationalen Kooperation und rechte Parteien leugnen den Klimawandel. Eine mögliche – wenn nicht die wahrscheinliche – Folge davon ist eine sich selbst verstärkende Konstellation, die die Globalisierung bremst oder sogar deren Rückbau impliziert.“ (Ebd., S. 353)

Zugleich zeigt sich anhand der aktuellen Debatten und Krisendiagnosen, dass „Deglobalisierung“ nicht nur – wie bei Schmalz – ein analytischer Begriff ist, der Tendenzen der Rückentwicklung internationaler und globaler Verflechtungen und Kooperationen, der Re-Nationalisierung oder Regionalisierung beschreibt. Vielmehr sind solche Tendenzen immer auch Gegenstand *politischer Deutungskämpfe*, die sich über Begriffe wie Globalisierung oder Deglobalisierung artikulieren und so auf die Frage verweisen, in welcher Welt wir leben und wie wir unsere globalen und lokalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten gestalten wollen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der tatsächliche Grad transnationaler ökonomischer Verflechtung in den letzten Jahren – trotz Corona, Ukraine, Trump und Brexit – nicht signifikant abgenommen hat. Analysen der politischen Ökonomie bestätigen, dass durch die Covid-19-Pandemie und den Ukrainekrieg zwar Lieferketten unterbrochen, handelspolitische Liberalisierungen zeitweise ausgesetzt wurden, insgesamt jedoch die Globalisierung eher „stagniert“, „als dass sie abnimmt“ (Scherrer 2022, S. 89) mit gleichzeitigen Verschiebungen der regionalen Machtzentren und ökonomischen Abhängigkeiten. In jedem Fall zeigt sich, dass weder Globalisierung noch Deglobalisierung Ent-

wicklungen mit naturgesetzlichem Charakter sind. Sie sind politisch vermittelt, interpretationsbedürftig – und damit umkämpft.

Mit der Vorstellung einer Irreversibilität der Globalisierung zeigen sich auch Auffassungen von Geschichte als fragwürdig, die dieser einen linearen, auf zunehmende Vernetzung und weltgesellschaftliche Integration hinauslaufenden, Zug unterstellen. Deutlich wird vielmehr, dass die Formen der weltweiten und herrschaftsförmigen Verschränkung auf inter-, trans- oder supranationaler Ebene historisch vielgestaltig sind. Sie reichen von der (teils gewaltsamen) Öffnung von Märkten für den Export von Konsumgütern sowie den Import von Rohstoffen und Arbeitskräften bis hin zu formellem und informellem Kolonialismus, dem transatlantischen Sklavenhandel und sklavenähnlichen Ausbeutungsverhältnissen im 21. Jahrhundert, nicht nur im Globalen Süden, sondern auch innerhalb der EU (Scholz 2019). Globalisierung und Deglobalisierung als Phänomene zu- und abnehmender internationaler Arbeitsteilung, von Wertschöpfungs- und Handelsketten, der Ausbeutung von Natur und Mensch, der Verflechtung und Abhängigkeit nicht nur ökonomischer, sondern auch kultureller, sozialer und politischer Bereiche sind nicht erst eine Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: „Die beiden gegenläufigen Tendenzen – Expansion und Abschottung – helfen zu erklären, warum sich die Globalisierung seit ihrer Geburtsstunde im 16. Jahrhundert nicht kontinuierlich durchsetzte, sondern es immer wieder zur Rücknahme grenzüberschreitender Wirtschaftsverflechtungen kam.“ (Scherrer 2022, S. 85) Dennoch habe sich, so Scherrer, Globalisierung „meist als stärkere Tendenz erwiesen“ (ebd., S. 86).

Im Mittelpunkt dieses Jahrbuchs stehen mithin Tendenzen und Deutungen, die einer Unumkehrbarkeit von Globalisierung entgegenlaufen oder widersprechen – und damit auch die Frage aufwerfen, was nach dem vermeintlichen „Ende der Globalisierung“ (Löv u. a. 2021; Scherrer 2022) zu erwarten ist. Dabei – so unsere These – lassen sich zunächst sechs Dimensionen und Themenfelder der Analyse von Deglobalisierungsprozessen unterscheiden:

1. Die *sozioökonomischen Krisen neoliberaler Globalisierung* verschärfen sich durch anhaltende globale und innergesellschaftliche Ungleichheit und Krisen der Kapitalakkumulation (Weltfinanzkrise 2008 ff., Eurokrise, Staatsschulden-, bzw. Refinanzierungskrise, Energiekrise, Ernährungskrise). Dabei verdichten sich die Anzeichen, dass eine Diagnose der Irreversibilität von Globalisierungsprozessen verfrüht war. Die ökonomistische These einer quasi linearen Entwicklung wurde immer wieder durch externe politische Schocks und Konflikte konkurrierender Nationalstaaten und Großmächte widerlegt. Die Versprechen von mehr Wohlstand und Entwicklung (auch im Globalen Süden) durch internationale Arbeitsteilung, Öffnung von Märkten bis hin zur Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen haben sich nicht erfüllt.

2. Vielmehr tragen die global dominanten Wirtschafts- und Entwicklungskonzepte maßgeblich zu einer *Zuspitzung sozial-ökologischer Krisen* der „imperialen Produktions- und Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) bei. Statt nachhaltiger „Entwicklung“ schreitet die anhaltende Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen voran. Der globale Kapitalismus hat die Grenzen seiner planetaren Belastungsgrenzen schon längst erreicht und einige davon bereits unumkehrbar überschritten, wie die regelmäßigen Berichte des UN-Weltklimarates oder des Biodiversitätsrates nachdrücklich belegen. Die „öko-imperialen Spannungen“ verschärfen sich, sowohl hinsichtlich der ökologischen als auch der mit ihnen verbundenen sozialen und politischen Krisen (Brand/Wissen 2024).
3. Trotz hoher Erwartungen auf eine „Friedensdividende“ nach dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 zeichnen sich neue Konfrontationen und Verschiebungen globaler Machtblöcke ab. Konkurrenz und Kriege – auch in Europa – führen zu „*geopolitischen*“ *Verschiebungen und neuen Grenzziehungen von Machtblöcken*: Nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine scheitern internationale Handelsverträge und Kooperationen (etwa das Transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, TTIP), werden internationale Abrüstungsabkommen aufgekündigt oder außer Kraft gesetzt (ABM, INF, Open Skies) und setzen globale Wirtschaftsmächte auf Abschottung einheimischer Märkte („America First“), „Sicherheitspolitik“ und Militarisierung (Zwei-Prozent-Ziel der NATO) und eine Stärkung konkurrierender Wirtschaftsblöcke².
4. Trotz einer unüberschaubaren Vielzahl internationaler Institutionen und Formen der zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit, internationaler Rechtsvereinbarungen und Verträge zum Klima- und Biodiversitätsschutz bis hin zu Menschen- und Arbeitsrechtskonventionen zur Reduzierung von Armut und Ausbeutung lässt sich eine *Krise globaler Regulierung, Zusammenarbeit und internationaler Rechtsregime* diagnostizieren. So bleibt die Umsetzung dieser überstaatlichen Regulierungsversuche vielfach unerfüllt und wird von starken einzelstaatlichen oder wirtschaftlichen Akteuren ausgehebelt (vgl. die gescheiterten Versuche einer globalen Finanztransaktionssteuer, die Verhinderung eines EU-weiten Lieferkettengesetzes oder das mehrfache Scheitern der jährlichen UN-Klimagipfel.) Die Formen engerer supra- und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit (von der EU bis zur UN) werden nicht nur durch starke nationale oder regionale Interessen unterlaufen, sondern auch durch den Rückzug oder die Verweigerung starker Einzelakteure grundsätzlich infrage gestellt (z. B. Austritt Großbritanniens aus der EU, Austritt Russlands aus dem Europarat und dem Europäischen

2 Das gescheiterte TTIP-Abkommen selbst wäre freilich kein Bruch mit dieser Wirtschaftspolitik gewesen, sondern hätte sich in sie eingefügt.

Gerichtshof für Menschenrechte, weiterhin Nichtanerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs durch u. a. die USA; zugleich Privatisierung des internationalen Rechts durch Schiedsgerichte).

5. Bestehende Formen internationaler Regulierungen und Formen der Global Governance weisen eine Reihe von *demokratischen Legitimationsdefiziten* auf. Statt die Wege transnationaler Willensbildung und demokratischer Problembearbeitung auszubauen und zu stärken, schwindet deren Rückhalt in immer mehr Ländern. Hingegen finden *autoritäre, nationale und nationalistische Antworten auf die Vielfachkrise* auch in der Mitte der europäischen Gesellschaften an Unterstützung. Rechtspopulistische und nationalistische Parteien sind keine vorübergehenden Randerscheinungen, sondern beanspruchen Volksparteien zu sein, die in den USA (unter Trump), Russland, Brasilien (unter Bolsonaro), Ungarn, Italien die Regierungen führen, in anderen EU-Staaten an Regierungen beteiligt sind (Finnland, Niederlande) oder gute Aussichten haben, zur stärksten politischen Kraft zu werden (Frankreich, ostdeutsche Bundesländer). Die Krisenerscheinungen liberaler, repräsentativer Demokratien werden mit einer Reihe von Konzepten als Post-Demokratie, illiberale, gelenkte Demokratien beschrieben, sie sind immer auch eine Krise transnationaler, kosmopolitischer Demokratieerwartungen (Mouffe 2007; Book u. a. 2020).
6. Zugleich haben die globalen Auswirkungen der sozial-ökologischen Vielfachkrise seit den 2000er Jahren starke *emanzipatorische soziale Bewegungen* hervorgebracht, die für globale Gerechtigkeit, solidarische Lebensweisen, gemeinwohlorientiertes Wirtschaften und den Abbau von rassistischen, maskulinistisch-heteronormativen, postkolonialen Herrschaftsstrukturen kämpfen. Sowohl die Alter-Globalisierungsbewegung, die Anti-Austeritätsbewegung (Indignados, Occupy) als auch die Klimagerechtigkeitsbewegung, soziale Kämpfe gegen Extraktivismus und Land Grabbing bis hin zu Black Lives Matter oder die LGBTTIQ*-Bewegung stellen dabei eindrucksvolle Beispiele transgesellschaftlicher Solidarisierung dar. Gleichwohl haben sich trotz breiter Unterstützung einiger progressiver Bewegungen nur wenige ihrer Forderungen durch institutionelle Entscheidungen und Strukturveränderungen durchsetzen lassen (Jäger 2023). Zudem formieren sich regressive Abwehrbewegungen, die aktuell in vielen Ländern deutlich erfolgreicher sind und ihre – einfachen, „populistischen“, autoritären – Antworten auch in institutionelle, parlamentarische Macht umsetzen. Die Krise liberaler Demokratie zeigt sich nicht zuletzt in (neuen oder anhaltenden) Kulturkonflikten, einem „Age of Anger“ (Mishra 2017) und einer möglichen Teilung der Gesellschaft „in ein universalistisches, linksliberales oder kosmopolitisches Oben und ein partikularistisches, rechtskonservatives oder kommunitaristisches Unten“ (Mau/Lux/Westheuser 2023, S. 15; vgl. Reckwitz 2019), auch wenn Mau et al. (2023) diese zugespitzte These einer dichotomen Spaltungslinie

für Deutschland empirisch (noch) nicht bestätigen können (ebd., S. 24f.). Dennoch betonen die Autoren in ihrer Studie „Triggerpunkte“ mit Blick auf das umweltpolitische Konfliktfeld: „Es handelt sich um einen ‚Klassenkonflikt im Werden‘, für dessen weitere Entfaltung die Geschwindigkeit und die Tiefe des Umbaus wie auch die Verkopplung mit der sozialen Frage entscheidend sein werden.“ (Ebd., S. 26f.)

Verschiebungen pädagogischer Verhältnisse

Wo um die Frage gerungen wird, in welcher Welt wir leben und leben wollen, stehen immer auch pädagogische Gewissheiten auf dem Spiel. Die Deutungskonflikte um gesellschaftliche Vielfachkrisen verändern nicht nur die Rahmenbedingungen pädagogischer Praxis, sondern machen es erforderlich, auch eingespielte Vorstellung von Bildung noch einmal neu zu befragen. Gerade wenn mit dem Bildungsbegriff etwas anderes gemeint sein soll als die Einpassung in das, was ist, gilt es neu darüber nachzudenken, wie unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen *Bildung* im Sinne einer Öffnung und Überschreitung des Bestehenden situiert werden kann.

Dabei stehen insbesondere kritische Perspektiven auf das Verhältnis von Globalisierung und Bildung vor der Herausforderung, Voraussetzungen und Ansatzpunkte der Kritik neu auszuloten. Die dem „neoliberalen Skript von Globalisierung“ (JP 2004) folgende Ökonomisierung von Bildung und Wissen ist dabei ebenso in den Blick zu nehmen wie die ambivalente Indienstnahme der Pädagogik durch Konzepte wie Global Education, Friedenspädagogik, Menschenrechtsbildung, Globales Lernen, entwicklungspolitische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Global Citizenship Education. Das Gleiche gilt für progressive Alternativen zur bisherigen (De-)Globalisierung, die auf die demokratische Gestaltbarkeit weltgesellschaftlicher Prozesse zielen und sich auf die Suche nach neuen Formen wirtschaftlicher sowie politischer Interdependenz und (welt-)gesellschaftlicher Solidarität machen (vgl. Abdi et al. 2015; Andreotti/de Souza 2014; Chehata et al. 2024).

In den letzten Jahrzehnten wurde politisch, wissenschaftlich und auch pädagogisch immer wieder leidenschaftlich debattiert, inwiefern die mit dem Begriff der Globalisierung beschriebenen Entwicklungen politisch bearbeitbar, demokratisch gestaltbar und pädagogisch adressierbar sind. Im Zentrum steht die Frage, inwiefern Globalisierung eher eine (vermeintlich) unabwendbare Eigendynamik ökonomischer Notwendigkeiten angestoßen hat, die zu einer Vergrößerung globaler (und innergesellschaftlicher) Ungleichheit beiträgt, oder auch eine Chance der internationalen Kooperation und Bearbeitung globaler Problemlagen eröffnet und zu Perspektiven „weltgesellschaftlicher“ Solidarität, einem Abbau von Ausbeutung und einem Ende der Naturzerstörung, kurz: zu solidarischen

Wegen des globalen Zusammenlebens beitragen kann. Zahlreiche pädagogische und bildungspolitische Konzepte verbinden sich seit den 1960er Jahren und verstärkt im Zusammenhang mit dem Rio-Prozess der 1990er (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992) auch mit dieser zweiten, optimistischen Perspektive: global education, Friedenspädagogik, Menschenrechtsbildung, Globales Lernen, entwicklungspolitische Bildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung oder Global Citizenship Education (vgl. die zahlreichen Positionspapiere und Programme der UNESCO, des Europarats, der KMK; vgl. BMFS-FJ 2020, S. 508–514). Globale Problemlagen und Interdependenzen werden dabei nicht nur zum Gegenstand einer internationalen Perspektive auf Lernen und Bildung, vielmehr wird Bildungskonzepten selbst eine transformative Rolle bei der Bearbeitung dieser „epochaltypischen Schlüsselprobleme“ (Klafki) zugesprochen (Eicker et al. 2020). Viele bildungspolitische und pädagogische Konzeptionen transnationaler, globaler Bildung werden dagegen durch starke normative Setzungen in einer Tradition bestimmt, die – ganz im Sinne einer „Dialektik der Aufklärung“ – die realhistorischen Verschiebungen und Zuspitzungen globaler Ungleichheits-, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse sowie die Zerstörungen natürlicher Lebensgrundlagen weithin ausblendet oder auf technisch – mitunter auch pädagogisch – zu bearbeitende Fragen reduziert.

Im Spannungsverhältnis von Globalisierung und Deglobalisierung spielen Bildungsverhältnisse in jedem Fall eine zentrale Rolle. Zum einen stellt sich die Frage, wie Bildung in emanzipatorischer Absicht (neu) gefasst werden kann. Zum anderen geraten die Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen von Bildung in den Blick, die bis zu Fragen der Gestaltung von Lernumgebungen und Prozessen informellen Lernens und (kollektiver) Selbst-Bildungen reichen. Dabei lassen sich (mindestens) *fünf Dimensionen der (Grenz-)Verschiebungen pädagogischer Verhältnisse* benennen:

1. Auf der normativen Zielebene muss immer wieder neu nach dem (Selbst)Verständnis von „Bildung“, „Subjekt“ und „Demokratie“ unter Bedingungen transnationaler Gesellschaften gefragt werden: Was qualifiziert Bürger*innen auf welcher Ebene (lokal, europäisch, kosmopolitisch oder transnational)? Was bedeutet Handlungsfähigkeit in supra- und transnationalen Räumen, deren demokratische Qualität höchst umstritten bleibt (z. B. EU) bzw. im globalen Kontext (der UN oder der WTO) kaum vorhanden ist?
2. Transnationalisierung und Deglobalisierung verändern die strukturellen Voraussetzungen für Lehr- / Lernverhältnisse: In welche Formen transnationaler Ungleichheit, Klassen- und Sozialstrukturen werden Schüler*innen hineinsozialisiert? Wie bilden sich diese Verhältnisse in konkreten Lerngruppen sowie im Berufs- und Politikverständnis der Lehrenden ab?
3. Damit verbindet sich die Ebene der Bildungsinhalte und didaktischen Zugänge zur Bearbeitung „epochaler Schlüsselprobleme“: Welche sozial-öko-

logischen Krisenphänomene sind für Lernende bedeutsam und überhaupt pädagogisch und demokratisch gestaltbar? Resultiert aus den fachlichen Analysen die Notwendigkeit der Kompetenz zu Widerspruch und Widerstand, um Demokratie und Sozialstaat zu erhalten (bzw. zurückzugewinnen), wie dies von Akteur*innen auf einzelstaatlicher Ebene eingefordert wird? Demokratische Deliberation und Willensbildung setzen Grenzen voraus: gemeinsame Sprache(n), Öffentlichkeit(en), Zugehörigkeit(en), die permanent verhandelt und verschoben werden. Transnationale Vergesellschaftung und politische Regulierungen (Governance) schaffen neue Ein- und Ausschlüsse von Akteur*innen und Verfahren, die z. B. mehrsprachige und transkulturelle Kompetenzen als kulturelles Kapital voraussetzen.

4. Bildung entwickelt sich im Rahmen transnationaler Konvergenzen, deren Bildungswirksamkeit zunehmend infrage gestellt wird. Die Anforderungen globalisierter bzw. transnationaler Märkte, die Konkurrenz um Arbeitskräfte und Standortfaktoren führten zu Versuchen einer Angleichung von Leistungsprofilen, die in Vergleichsstudien (PISA, IEA etc.) getestet und in Curriculum-Empfehlungen auch der UNESCO und des Europarats dokumentiert werden. Hier dominieren stark affirmative Konzepte interkultureller Bildung, Schlüsselqualifikationen des unternehmerischen Selbst, der sozialen Eigenverantwortung etc., während Analysen von Ungleichheits-, Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen bislang in Bildungskonzeptionen nur wenig Beachtung finden. Bildung wird immer wieder zur Lösung gesellschaftlicher Krisenphänomene in Dienst genommen. Paradoxe Weise werden zur Eindämmung autoritärer Antworten auf die Krisen der Globalisierung bildungspolitische Programme angestoßen, die weniger eine Ausweitung der Demokratie als ihre sicherheitspolitische Beschränkung implizieren und präventive Ansätze gegen Demokratiegefährder*innen in der „wehrhaften Demokratie“ als Bildungsinhalt zu etablieren suchen (vgl. Bürgin 2021; BMFSFJ 2020, S. 95–101).
5. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, inwiefern interkulturelle, friedenspolitische, kosmopolitische Ansätze von Bildung (in Theorie und Praxis) den aktuellen Herausforderungen von Deglobalisierung gerecht werden (Widmaier/Steffens 2010). Inwiefern und warum werden ihre universalistischen Annahmen durch postkoloniale, rassismuskritische u. a. herrschaftskritische Zugänge – mit der Forderung „Decolonizing Global Citizenship Education“ – infrage gestellt (Abdi/Shultz/Pillay 2015; Andreotti/de Souza 2014)? Welche Revisionen und Neueinsätze der Kritik sind erforderlich, um Phänomene der Deglobalisierung bildungstheoretisch und didaktisch in den Blick zu nehmen und ihnen pädagogisch zu begegnen?

Perspektiven, Analyse und Kritik von Bildungstheorie und -praxis

Das Jahrbuch für Pädagogik 2024 widmet sich vor diesem Hintergrund den aktuellen Herausforderungen, Zeitdiagnosen und historischen Analysen von Prozessen der Deglobalisierung anhand folgender Fragen und Themenschwerpunkte:

In einem *ersten Kapitel* vertiefen wir die begrifflichen Einordnungen der aktuellen *Vielfachkrisen der Globalisierung*: Wie ist der Gehalt des Begriffes „Deglobalisierung“ einzuschätzen? Welche gesellschaftlichen Herausforderungen, Krisen und mögliche neue Handlungsräume lassen sich mit neuen gesellschaftsanalytischen und bildungstheoretischen Konzepten beschreiben? Welche Hoffnungen, welche Ängste sind in den zugehörigen Diskursen von Bedeutung? Welche alternativen Konzepte oder Beschreibungsformen bieten sich an, aktuelle Tendenzen auf eine andere Weise in den Blick zu nehmen? Die hier versammelten Beiträge versuchen insbesondere in bildungstheoretischer Absicht den „Perspektivbrüchen“ (Gerd Steffens) nachzugehen, die mit dem Begriff der Deglobalisierung verbunden werden. Neben dem Problem der planetaren Grenzen liegt dabei ein Schwerpunkt auf den (Deutungs-)Kämpfen um das Verhältnis von Deglobalisierung und Demokratie. Mit diesen verbunden ist die Frage, wie emanzipatorische Formen der Demokratisierung mit pädagogischen Konzepten etwa der „demokratischen Strategiefähigkeit“ (Mando Gloger) und der „politischen Menschenrechtsbildung“ (Lukas Hofmann) oder auch mit Ansätzen „demokratischer Planung“ (Christian Grabau) zusammengedacht werden können. Übereinkommen die vier Beiträge dabei in dem von Gerd Steffens notierten Ausblick: „Gegen das Vergessen dessen anzuarbeiten, was droht, ist die wichtigste Orientierung, die Pädagogik noch haben kann.“

Im *zweiten Kapitel* widmet sich der Band der *Analyse und Kritik von Bildungsverhältnissen* und verbindet empirische Befunde mit theoretischen Grundfragen. Inwiefern werden pädagogische Ansätze für die Bearbeitung von Phänomenen der Deglobalisierung in Anspruch genommen? Inwiefern lassen sich bildungspolitische Maßgaben (von der Demokratieförderung über ökonomische Bildung, Digitalisierung bis zu kultureller Bildung) als Ausdruck dieser Tendenzen verstehen? (De-)Globalisierung betrifft auch biographische Perspektiven, aus denen das Problemfeld der „Globalität“ sehr unterschiedlich wahrgenommen wird (Anke Wischmann). Mit den Wirtschaftswissenschaften – insbesondere solchen, die dem Programm einer pluralen Ökonomik folgen – sind auch Fragen ökonomischer Bildung von den großen Krisenprozessen der letzten beiden Jahrzehnte vor neue Herausforderungen gestellt (Frederick Heussner). Als tiefer Einschnitt lässt sich zudem die Corona-Krise (2020–2022) deuten. Gerade auch an den Hochschulen führte sie zu einer neuen Sichtbarkeit jener Verwerfungen, die mit der Ökonomisierung des Hochschulbereichs verbunden sind (Verena Freytag/Dirk Stederoth; Tobias Marczykowski).

Im *dritten Kapitel* reflektieren die Autor*innen die Verschiebung der analytischen und normativen Perspektiven in der *Nachhaltigkeitsbildung und dem Globalen Lernen*. Hier stellt sich zunächst die Frage, auf welche Weise Bildungskonzepte in die Absicherung und Stabilisierung einer der Globalisierung inhärenten imperialen Produktions- und Lebensweise eingebunden werden (Nilda Inkermann; Andreas Eis) oder historisch auch mit sicherheitspolitischen Ansprüchen verbunden wurden (Jasmin Bentele/Anne Rohstock). Zugleich widmet sich der dritte Teil des Bandes den *Ausblicken und Alternativen*: Welche neuen Formen von Vernetzung, Solidarität oder Affinität lassen sich formulieren, um neue Denk- und Handlungsräume in einer pädagogischen Perspektive zu schaffen (Jasmin Goldhausen)? Wo entstehen selbstorganisierte, emanzipatorische Konzepte, Praktiken und Bildungsbewegungen, die Fragen der Deglobalisierung solidarisch, demokratisch bearbeiten und Handlungsräume erproben (Doris Gödl/Tanja Obex/Madeleine Scherrer)? Die Beiträge diskutieren neue Konzepte und Bildungsangebote zur sozial-ökologischen Transformation, feministische Bildungskonzepte des gemeinwohlorientierten Wirtschaftens und planetare Perspektiven kritischer politischer Bildung.

Das Jahrbuch wird abgerundet durch ein *historisches Stichwort* zur pädagogischen Relevanz und Bedeutungsverschiebung der Figur des *Entrepreneurs* (Ingrid Lohmann). Im Jahresrückblick schließlich widmen sich Samuel Stern und Katharina Baumgartner den Ereignissen seit dem 7. Oktober 2023 in Israel und Gaza sowie deren Auswirkungen für die Pädagogik.

Literatur

- Abdi, Ali A./Shultz, Lynette/Pillay, Thashika (Hrsg.) (2015): Decolonizing global citizenship education. Rotterdam: Sense Publishers.
- Andreotti, Vanessa de Oliveira/de Souza, Lynn Mario T. M. (Hrsg.) (2014): Postcolonial perspectives on global citizenship education. New York/London: Routledge.
- Beck, Ulrich (1999): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. 6. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bello, Walden (2002): Deglobalization. Ideas for a new world economy. London: Zed.
- Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf (Hrsg.) (2020): Autoritärer Populismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: Oekom.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München: Oekom.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020 (Hrsg.): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin: Drucksache des Deutschen Bundestages 19/24200.
- Bürgin, Julika (2021): Extremismusprävention als polizeiliche Ordnung: Zur Politik der Demokratiebildung. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

- Chehata, Yasmine u. a. (2024): Handbuch kritische politische Bildung. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Cox, Robert W. (1998): Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“. Mit einem Vorwort von Hans-Jürgen Bieling, Frank Deppe und Stefan Tidow. Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften (FEG) Nr. 11. Marburg.
- Eicker, Jannis u. a. (Hrsg.) (2020): Bildung Macht Zukunft. Lernen für die sozial-ökologische Transformation. Frankfurt a. M.: Wochenschau.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Herkenrath, Mark (2011): Die Globalisierung der sozialen Bewegungen. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Anton (2023): Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen. Berlin: Suhrkamp.
- Löw, Martina/Sayman, Volkan/Schwerer, Jona/Wolf, Hannah (2021) (Hrsg.): Am Ende der Globalisierung. Über die Refiguration von Räumen. Bielefeld: transcript.
- Löw, Martina/Knoblach, Hubertus (2021): Raumfiguren, Raumkulturen und die Refiguration von Räumen. In: Löw, Martina u. a. (Hrsg.) (2021), a. a. O., S. 25–57.
- Mander, Jerry/John Cavanaugh, John (2003) (Hrsg.): Eine andere Welt ist möglich: Alternativen zur Globalisierung. Aus dem Amerikan. von Gisela Kretzschmar, München: Riemann.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mishra, Pankaj (2017): Age of Anger. A History of the Present. Garamond: Penguin.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: Suhrkamp.
- Robertson, Roland (1998): Glokalisierung: Homogenität und Heterogenität in Raum und Zeit. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 192–220.
- Salomon, David (2005): „Weltinnenpolitik“ als „neuer Konstitutionalismus“? – Jürgen Habermas und die Rolle des Rechts im „globalisierten Kapitalismus“; in Badziura, Alexander/Müller, Bea/Speckmann, Guido/Weißbach, Conny (Hrsg.): Hegemonie – Krise – Krieg. Widersprüche der Globalisierung in verschiedenen Weltregionen, Hamburg, S. 60–75.
- Scherrer, Christoph (2022): Krieg und Abschottung: Das Ende der Globalisierung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 67, H. 6, S. 83–89.
- Schmalz, Stefan (2022): Soziologie der Deglobalisierung. In: Berliner Journal für Soziologie 32, H. 3, S. 349–361. DOI: 10.1007/s11609-022-00483-9.
- Scholz, Jan-Philipp (2019): Menschenhandel, Migrationsbusiness und moderne Sklaverei: Menschen gefangen zwischen afrikanischen Herkunftsländern und europäischen Staaten. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel.
- Steffens, Gerd/Weiß, Edgar (2004): Editorial – Globalisierung und Bildung. In: Dies. (Red.): Jahrbuch für Pädagogik 2004: Globalisierung und Bildung. Frankfurt a. M.: Lang.
- Solty, Ingar (2023): Die neue Blockkonfrontation. Hochtechnologie. (De-)Globalisierung. Geopolitik. München: isw-Report 133/134.
- Widmaier, Benedikt/Steffens, Gerd (Hrsg.) (2010): Weltbürgertum und Kosmopolitismus. Interdisziplinäre Perspektiven für die Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

I. Vielfachkrisen der Globalisierung

Von der Globalisierung zur Deglobalisierung – Perspektiven der Weltwahrnehmung und ihre Brüche

Gerd Steffens

Zusammenfassung: Der Beitrag folgt der Entwicklung von der Globalisierung zur Deglobalisierung am Leitfaden der Perspektiven, aus denen sich Weltansichten bilden. Er geht dem zunächst durch eine Relektüre des Jahrbuchs 2004 „Globalisierung und Bildung“, insbesondere seines Editorials, nach. Dabei folgt er vor allem der Spur der Perspektiven und ihrer erschließenden Anwendung (1). Danach richtet er den Blick auf die emphatische Ausrufung einer neuen Epoche („Zeitenwende“) fast zwanzig Jahre später und fragt, mit welchen Blickrichtungen und Horizonten nun gebrochen wird, welche ausgezeichnet werden und rückt das Stichwort der Deglobalisierung in diesen Zusammenhang (2). Im nächsten Schritt fragt er, welche Folgen der Perspektivenbruch von 2022 für die implizite Perspektive des Anthropozäns als geschichtliche Selbstbeschreibung hat. Dabei vertieft er die Hinweise auf evolutionstheoretische und anthropologische Kontexte und weist – in Auseinandersetzung mit den ‚neuen Materialismen‘ – auf starke materialistische Argumente für die epistemische Leistungsfähigkeit von Perspektive als erschließender Kategorie hin (3). Abschließend wirft er einen wenig hoffnungsvollen Blick auf die Möglichkeiten von Pädagogik angesichts der – z. T. militant vollzogenen – Brüche in den Perspektiven der Weltwahrnehmung (4).

Abstract: The article follows the development from globalization to deglobalization using the perspectives from which worldviews are formed. It first explores this by re-reading the 2004 yearbook “Globalization and Education” particularly its editorial. In doing so, it primarily follows the trail of perspectives and their insightful application (1). It then looks at the emphatic proclamation of a new era (“turning point”) almost twenty years later and asks which perspectives and horizons are now being broken and which are being distinguished, and it puts the keyword deglobalization in this context (2). In the next step, it asks what consequences the break in perspective of 2022 has for the implicit perspective of the Anthropocene as a historical self-description. In doing so, it deepens references to evolutionary theoretical and anthropological contexts and – in dealing with the ‘new materialisms’ – points to strong materialist arguments for the epistemic performance of perspective as a revealing category (3). Finally, it takes a less than hopeful look

at the possibilities of pedagogy in view of the – sometimes militantly carried out – breaks in the perspectives of perceiving the world (4).

Keywords: Perspektiven der Weltwahrnehmung, Deglobalisierung und Hegemoniekonflikte, Zeitenwende, Umsturz legitimer Perspektiven, Universalismus und planetare Verantwortung, Anthropozän, Prioritätenkonflikte der globalen Krisen

1. Einleitung

2004, vor nur zwanzig Jahren, schien Globalisierung eine epochale Tatsache. Sowohl als Tatbestand unbestritten wie in ihrer zeitenprägenden Bedeutung. Für die neue Epoche, die sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Bahn gebrochen zu haben schien, galt es den Begriff der Bildung auf seine Tragfähigkeit und Erschließungskraft zu prüfen. Dies geschah, wie der dem Jahrbuch für Pädagogik eigenen Aversion gegenüber Moden und Mainstream angemessen, im Jahrbuch 2004 „Globalisierung und Bildung“ aus kritischer Distanz und unterschiedlichen Perspektiven.

Doch was drängt heute dazu, eine Zeitdiagnose, die sich für epochal, für eine historisch harte Leitwährung hielt, zwanzig Jahre später mit ihrer Umkehr zu kontrastieren? Haben sich die Verhältnisse einschlägig geändert? Und was genauer an ihnen? Oder sind es die Blickrichtungen, die durch sie gebildeten Horizonte der Wahrnehmung, die die Ordnung der Dinge neu konstellieren? Und wenn, wie so oft, beides miteinander verschränkt ist: was überwiegt, und wie fügen sich die Anteile von veränderten Umständen und verändertem Blick?

Ich möchte diesen Fragen zunächst durch eine Relektüre des Jahrbuchs 2004, insbesondere seines Editorials, nachgehen. Dabei folge ich vor allem der Spur von Perspektiven der politischen Weltwahrnehmung und ihrer erschließenden Anwendung (1). Danach richte ich den Blick auf die emphatische Ausrufung einer neuen Epoche („Zeitenwende“) fast zwanzig Jahre später und frage, mit welchen Blickrichtungen und Horizonten nun gebrochen wird, welche ausgezeichnet werden und rücke das Stichwort der Deglobalisierung in diesen Zusammenhang (2). Im nächsten Schritt frage ich, welche Folgen der Perspektivenbruch von 2022 für die implizite Perspektive des Anthropozän als geschichtliche Selbstbeschreibung hat. Dabei möchte ich die schon eingestreuten Hinweise auf evolutionstheoretische und anthropologische Begründungskontexte vertiefen und damit – sowie in Auseinandersetzung mit den ‚neuen Materialismen‘ – auf starke materialistische Argumente für die epistemische Leistungsfähigkeit von Perspektive als erschließender Kategorie hinweisen (3). Abschließend werfe ich einen wenig hoffnungsvollen Blick auf die Möglichkeiten von Pädagogik angesichts der – z. T. militant vollzogenen – Brüche in den Perspektiven der Weltwahrnehmung (4).

2. Das Jahrbuch 2004 und sein Blick auf Globalisierung

Eine neue Epoche?

Der These vom epochalen Charakter der Globalisierung schließt sich das Editorial 2004 keineswegs umstandslos an. Es konstatiert zunächst anhand von Befunden der sozialwissenschaftlichen Literatur die unübersehbare Präsenz von Phänomenen, die tiefgreifende Veränderungen anzeigen, die dem Programm einer globalen Öffnung und Deregulierung von Märkten folgten. Mit der Auslagerung von Produktionen und der Bildung neuer, globalisierter Wertschöpfungsketten schufen sie erweiterte Austauschverhältnisse mit erheblich gesteigerten Gewinnchancen einerseits und großen Depravierungsrisiken andererseits. Ebenso unübersehbar war die legitimatorische und faktische Schwächung der Nationalstaaten. Sie wurden von zwei Seiten ausgesaugt, den Geboten des „nationalen Wettbewerbsstaats“ (Hirsch 1995), der seine Angebote kostengünstig und attraktiv für internationale Investoren machen muss einerseits, und durch eine Internationalisierung andererseits, in der der Staat immer mehr an Entscheidungshoheit an internationalisierte Regime, sei es die neu entstandene WTO, sei es die EU, abzugeben hat. Die sozialintegrative Kraft des Staates, so war festzustellen, verlor sich in dem Maß, in welchem große Teile der gesellschaftlichen Infrastruktur den internationalen Märkten überlassen wurden, vom Gesundheitswesen über die öffentlichen Sektoren des Verkehrs bis zum Bildungswesen. Zugleich wurden sozialstaatliche Schranken abgebaut, die Schutz vor Lohndumping, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse oder Altersarmut geboten hatten – in Deutschland etwa durch die Agenda 2010 der rot-grünen Regierung, die zwischen 2003 und 2005 umgesetzt wurde. Alle diese Faktoren trugen zur dramatischen Steigerung von Ungleichheiten bei, sowohl national wie global. Eine kaum vorstellbare Akkumulation von Reichtum, die Konzentration etwa der Hälfte des Weltvermögens in den Händen von knapp 400 Milliardären, stand schon damals der schnell wachsenden Masse von Prekarisierten und zahllosen Menschen ohne jede Aussicht auf Arbeit gegenüber, denen nichts als die oft lebensriskante Flucht aus Elendsverhältnissen bleibt.

Unübersehbar waren auch die Zunahme der Zivilisationsrisiken und ihr globaler Charakter. Die Bedrohungen, die von atomaren Massenvernichtungsmitteln, überhaupt von radioaktiver Strahlung ausgehen, waren nach Hiroshima und Nagasaki, auch nach Tschernobyl, längst unter Beweis gestellt. Das atomare „Gleichgewicht des Schreckens“, wie es seit Ende der vierziger Jahre zwischen den Weltmächten USA und UdSSR bestand, hatte schon seit Jahrzehnten die Wahl zwischen gemeinsamem Untergang und gemeinsamem Überleben erzwungen. Zudem hatte die Belastung von Luft, Böden und Gewässern durch Einträge und Emissionen als Folge einer Reproduktion, die auf Wachstum verpflichtet ist, unübersehbare Folgen hervorgebracht, die umso weniger als zufällige Ereignisse

abgewiesen werden konnten, als der immer dichter werdende wissenschaftliche Nachweis ihrer Ursachen ihre Zuschreibung an Launen der Natur nicht mehr erlaubte. Weder für Wissenschaft noch für Politik konnte zweifelhaft sein, dass es sich bei diesen Zivilisationsrisiken um planetarische Verhältnisse, Entwicklungen und Ereignisse handelt, die ein Höchstmaß an globaler Kooperation unabdingbar machen.

„Konstatiert wird allenthalben“ – so hebt das Editorial (Steffens/Weiß 2004) hervor – „ein mehrdimensionaler und folgenreicher Entgrenzungsprozess mit spezifischer sozioökonomischer, kultureller und politischer Ausprägung“ (ebd., S. 9). Mit der durchschlagenden Dynamik der Entgrenzung von Strukturen und Prozessen ging eine wirkmächtige Dynamik der Polarisierung einher, die wachsende „Diskrepanzen und Konfliktpotentiale“ (ebd., S. 11) hervorbrachte. Zur Beschreibung der gesellschaftlichen Folgen, der Verhältnisse der Menschen, drängten sich Entgegensetzungen, antithetische Begriffsbildungen auf. Für die europäischen Gesellschaften wurden begriffliche Markierungen wie Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer, Marginalisierung und Prekarisierung, Zwei-Drittel-Gesellschaft, die Überflüssigen und die Miserablen zu Ausdrucksweisen gängiger, weithin verstandener Selbstbeschreibungen. „Im Weltmaßstab“, so konstatiert das Editorial, sei die „20:80-Gesellschaft“, die Prognose, dass 20% der Bevölkerung genügen, die Weltwirtschaft in Gang zu halten, „bereits Realität“. (Ebd., S. 12) Deshalb gehe die ökonomisch getriebene Globalisierung mit „starken Migrationsbewegungen und der Entstehung multiethnischer und multikultureller Gesellschaften einher“ (ebd.). In den Zielländern der Migration zeigten sich neue politische Bruchlinien zwischen denen, die die Produktivität kultureller Vielfalt begrüßen und fördern, und denen, die mit ethnokulturellen Schließungen reagieren. In den internationalen Debatten globaler Selbstbeschreibungen spielte seit den neunziger Jahren das Paradigma vom „Kampf der Kulturen“ (Huntington) eine prominente Rolle.

Es sind diese unabweisbar starken Phänomene einer Veränderung, die alle Dimensionen des globalen Lebens durchdringt oder zumindest berührt, die das Editorial zu der Abwägung führten, in der Globalisierung nicht nur eine fortgeschriebene Tendenz der Internationalisierung zu sehen, sondern etwas epochal Neues mit Innovations- und Transformationspotenzialen. Worin bestanden sie aus der Sicht von 2004? Und wie wären sie pädagogisch zu erschließen?

Dialektiken der Globalisierung und ihre Bildungspotenziale

Die Beschreibung der massiven Veränderungen, ihrer Dichte und Tiefe, ebenso alltagsvident wie wissenschaftlich umfassend analysiert, zudem die erzeugten Verwerfungen und Konflikte legten nahe, nach dem „dialektischen Potential“ (ebd., S. 16) der Globalisierung, mithin nach der Dynamik ihrer Wechselwirkungen und Wirkungsrichtungen zu fragen. Dialektik war für das Jahrbuch seit jeher ein Schlüssel, den vorherrschenden Entwicklungen und Gedanken den Anschein

des Linearen, Unausweichlichen und Alternativlosen zu nehmen. Die „Dialektik der Mündigkeit“ (Koneffke 1994/2018), der glückliche Umstand, dass Denken und Bildung sich nicht auf ein Mittel der Herrschafts- und Systemreproduktion eingrenzen lassen, war von Anfang an eine der zentralen bildungstheoretischen Denkfiguren im Selbstverständnis des Herausgeberkreises.

Was erschloss die für das Jahrbuch charakteristische Herangehensweise, Bildungsverhältnisse und Gesellschaftsverhältnisse und ihre jeweiligen Diskurse ineinander zu spiegeln, an dialektischen, über den blinden oder bloß optimierenden Vollzug hinausstreibenden Potentialen der Globalisierung? In einem ersten Schritt geht das Editorial dem unter den diskursiv, auch umgangssprachlich etablierten Begriffen von „Herausforderungen“ und „Chancen“ nach (Steffens/Weiß 2004, S. 16 f.; die folgenden Zitate ebd.). Indem es den sozialwissenschaftlichen Diskussionsstand mit prominenten Beteiligten referiert, entfaltet es hier einen Horizont der Hoffnung. „Globales Denken und Handeln“ könnte, statt es dem kapitalistischen Vollzug zu überlassen, „als ‚weltbürgerliche‘ Angelegenheit“ (Beck) entfaltet und zu neuen „Formen einer demokratischen Selbststeuerung der Gesellschaft“ (Habermas) entwickelt werden. Globalisierung öffnet den Blick auf die Möglichkeit einer „Cosmopolitan Democracy“ (Archibugi / Held) und die Notwendigkeit von Formen „weltbürgerlicher Solidarität“ (Habermas), die Kontrolle der Globalisierungsprozesse durch eine kritische Weltöffentlichkeit (Apel u. a.) und von „supranationale(n) Institutionen“, die eben den globalen Wandel bewerkstelligen könnten, „der im Interesse des Überlebens der Menschheit, der Überwindung sozialdarwinistischer Handlungsmuster, offener und struktureller Gewalt, der Sicherung globaler Verteilungsgerechtigkeit und Wohlfahrt [...] unabdingbar sein dürfte“ (Senghaas).

Aufmerksamkeit auf Perspektivität als Erschließungsweg

Nachdem das Editorial zunächst mit objektivierendem Blick die Verhältnisse und ihre Veränderungen beschrieben hat, nutzt es in seinem weiteren Gang die methodischen Möglichkeiten der Perspektivität. Darauf zu achten, aus welcher Perspektive etwas wahrgenommen oder über etwas geurteilt wird, heißt einen Standort zu wählen, aus dem Objekte und Subjekte, die Verhältnisse und die Menschen, die auf sie schauen und sich in ihnen bewegen, zugleich in den Blick treten.¹

Am Beispiel der veränderten Stellung des Staates etwa wird gezeigt, dass es ein Wechsel der Blickrichtung ist, der einen neuen, ‚neoliberalen‘, Horizont konstituiert, in welchem sich die Wirkungszusammenhänge so konstellieren, dass

1 Wer in einem epistemischen Sinn von Perspektiven und Horizonten redet, entscheidet sich für eine Herangehensweise, die schon in den Wahrnehmungsweisen soziale Beziehungen voraussetzt und für eine Grundbegrifflichkeit, die starke evolutionstheoretische und kommunikationstheoretische Begründungen auf ihrer Seite hat. (näher s. unten 3)

der Staat nicht mehr an seiner Leistung für gesellschaftliche Integration, sondern an dem Weltmarkterfolg der Produkte seiner Wirtschaft gemessen wird. In diesem neuen Horizont, der zugleich eine neue Ordnung von politischen Prioritäten bildet, können sich öffentliche Güter in private Angebote und Renditequellen verwandeln. Es ist die weltweite Durchsetzung dieses Perspektivwechsels, der mit einigem Recht als Kern der neoliberalen Revolution im letzten Viertel des letzten Jahrhunderts bezeichnet werden kann.

Ein zweites Modell, an dem die methodische Nutzung von Perspektivität nachvollzogen werden kann, ist die Analyse des irritierenden Umstands, dass die Vereinigten Staaten als Protagonist weltweiter Ausdehnung rechtlich gesicherter Märkte gleichzeitig Kriege führen, die die internationale Rechtsordnung offen missachten. Am Fall des Irak-Kriegs seit 2003 lässt sich an den Rechtfertigungen dafür zeigen, dass es die „Perspektivik einer Theoriebildung“ ist, die „derartige Vorstellungen von imperialen Gestaltungsprivilegien hervorbringt“ (ebd., S. 21). Denn die Argumentationen, auf die zur Rechtfertigung verwiesen wird, stimmen in einer Sichtweise überein, die zwischen einer erfolgreich globalisierten Welt und einer widerspenstigen Peripherie unterscheidet. Und in dieser Sicht dürfen widerspenstige Räume durchaus durch die USA als „Vollzeit-Leviathan“ (Barnett; ebd., S. 20) gewaltsam in eine globalisierte Welt eingefügt werden, in der wirtschaftliche Globalisierung und Weltherrschaft zur Deckung kommen sollen.

Auf eine andere Weise wird Perspektivität in einem Denkmodell von Jürgen Habermas ins Spiel gebracht, das das Editorial zustimmend aufgreift. Ihm liegt die Annahme zugrunde, dass der Zusammenhalt von Gemeinschaften und Gesellschaften durch den Horizont beschrieben werden kann, innerhalb dessen wechselseitige Solidarität als selbstverständlich gilt. Epochale Veränderungen in der Geschichte jedoch gehen offenbar regelmäßig mit einem Zusammenbruch der Perspektive einher, die das „Wir“ der sozialen Einheit bis dahin fraglos verbürgt hat. Mithin lassen sich epochale Transformationskrisen als kollektive Dezentrierungen von Perspektiven deuten und ihr Ausgang hängt, wie sich an der europäischen Geschichte sehen lässt, davon ab, ob der Aufbau einer Perspektive gelingt, in deren erweitertem Horizont z. B. Glaubenseinheit durch die Anerkennung von Konfessionalität ersetzt werden kann oder jenseitig legitimierte Herrschaft mit diesseitigen Formen der Legitimität von Staatlichkeit konkurrieren muss. „Diese scharfen, oft tödlich zugespitzten Konflikte sind – in den glücklichen Momenten – auch ein Stachel zur Dezentrierung der jeweils eigenen Perspektiven gewesen, ein Antrieb der Reflexion auf und zur Distanzierung von Voreingenommenheiten, ein Motiv zur Überwindung des Partikularismus [...]“ (Habermas 1998, S. 155 f.)

Auch für die Krisen der europäischen Moderne seit dem 19. Jahrhundert lassen sich Dezentrierungen als *Movens* einer ‚Öffnung‘ und ‚Schließung‘ von Horizonten erkennen. Habermas liest, so das Editorial, Polanyis „Große Transformation“ (1944/1997) „nicht nur als Analyse einer im Faschismus regressiv entgleisenden politischen ‚Schließung‘ nach der durch Industrialisierung und Freihandel

erzwungenen ‚Öffnung‘ der Gesellschaft“. Er sieht darin auch ein Modell, „nach welchem sich Transformationen beschreiben lassen, die in Gesellschaften stattfinden, in denen die Auseinandersetzung um Freiheit oder Steuerung von Märkten zentral ist“. (Steffens/Weiß 2004, S. 24) Nach der in den Wohlfahrtsstaaten der Nachkriegsordnung gelungenen ‚Schließung‘, einer Balance von systemischer und sozialer Integration, sei durch die neoliberalen Deregulierungen zur Schaffung weltweiter Märkte der Horizont gesellschaftlicher Selbstverständnisse erneut aufgebrochen. Deshalb stelle sich jetzt „die Frage nach Möglichkeiten politischer Schließung einer global vernetzten, hoch interdependenten Weltgesellschaft ohne Regression – ohne die Art von welthistorischen Erschütterungen und Katastrophen, die wir aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts kennen“. (Habermas 1998, S. 130)

Seine vielbeachtete Analyse der „postnationalen Konstellation“ hatte Habermas damals mit einer markanten Pointe eröffnet. Er gab provozierend dem provozierenden Wort Margret Thatchers recht, so etwas wie Gesellschaft gebe es nicht. Dabei berief er sich auf eine These von Siegfried Landshut, dass die Soziologie ihren Gegenstand, die Gesellschaft, durch eine bestimmte Perspektive erst erzeuge. Aus ihr, so Habermas, bilde sich ein Erwartungshorizont, der in der europäischen Moderne seine normative Richtung aus dem Vernunftrecht gewinne und den Blick kritisch auf eine noch unvernünftige Realität richte. (Habermas 1998, S. 91 f.)

Gesellschaft wäre also der Horizont, aus dem Menschen sich als soziale Einheit erkennen und sich über sich und ihre Zukunft verständigen können. Doch im Prozess der Globalisierung sind die Strukturen, an denen ihr Leben hängt und in denen sie sich reproduzieren, weit über diesen Horizont hinausgewachsen. In welchem erweiterten Horizont lassen sie sich einholen? Für das Jahrbuch 2004 steht außer Frage, dass es nur ein weltgesellschaftlicher Horizont sein kann, in dem die Dynamiken globaler ökonomischer Entgrenzung und ökologischen Zerfalls in einem Transformationsprozess aufgefangen werden könnten. Nur dann auch könnten sich Chancen auf ein gemeinsames und für alle gestaltetes Weiterleben bieten. Und in eben diesem Horizont können Bildungstheorie und Pädagogik ihre Orientierungen finden. Doch seien, so konstatiert das Editorial, „Bildungsinstitutionen traditionellen Gepräges [...] wenig geeignet, Kompetenzen für die Ausbildung weltbürgerlicher, partikulare Gemeinschaftsbindungen transzendierender Identität [...] als Möglichkeitsbedingung einer demokratischen Selbststeuerung globaler Gesellschaft“ (Steffens/Weiß 2004, S. 28) hervorzubringen. Denn in ihnen bleiben – etwa in „Nationalen Bildungsstandards“ und Lehrplänen – eine am nationalstaatlichen „Container-Horizont“ orientierte „perspektivische Selbstgenügsamkeit“ vorherrschend (ebd.). Dazu komme eine mächtige Gegenbewegung, die Bildung aus neoliberaler Perspektive als Kommodifizierung von Arbeitskraft und im Namen von Effizienzsteigerungen stärken und vereinheitlichen will.

Globalisierung als pädagogischer Erwartungshorizont?

Trotz des diagnostischen Realismus, der einen Grundton des Editorials bildet und sich in vielen skeptischen Abwägungen ausdrückt, bleibt eine deutliche Spur von Zukunftsoptimismus präsent. Sie verdankt sich einem Vertrauen in die Möglichkeit gesellschaftlichen Lernens, wie sie Axel Honneth als bleibenden Kern im Denken der Kritischen Theorie gezeigt hat (vgl. Honneth 2007, S. 28–111). „Letztlich läuft diese Idee auf die starke, geradezu anthropologische These hinaus, dass die menschlichen Subjekte sich gegenüber einer Einschränkung ihrer rationalen Fähigkeit nicht indifferent verhalten können [...]“ (ebd., S. 52).

In eben dieser anthropologischen Verankerung ist auch das Interesse von Habermas an Perspektivität begründet. Denn nirgendwo sonst als im geteilten Horizont getauschter Blicke, in der Verschränkung der Perspektiven, hat sich eben jene „psychologische Infrastruktur geteilter Intentionalität“ (Tomasello 2017, S. 22 u. ö.) herausbilden können, in der Sprache, Denken und Gefühle im Medium ihres Austauschs haben entstehen und die Form einer verständigenden Schließung, einer intersubjektiven Einlösung eines offenen Gedankens, der Aufhebung eines Widersinns und des Leidens daran, annehmen können².

2004 erschien uns der Rückgriff auf Perspektivität als epistemischem Angelpunkt der Argumentation nicht eigens begründungsbedürftig. Denn es war ja offenkundig, dass das, was unter dem Namen der Globalisierung vor sich ging, eine Ausweitung der Erwartungs- und Handlungshorizonte ins Globale war, und es lag gleichfalls auf der Hand, zu überlegen, wie politische, aber auch pädagogische Selbstverständnisse dem nachwachsen könnten. Im Unterschied jedoch zur Ausweitung systemischer Funktionsleistungen, die die supranationalen ökonomischen und politischen Akteure zu handhaben hatten, zog das Poröswerden der nationalstaatlichen Horizonte starke Erschütterungen auf der Ebene lebensweltlicher Selbstverständnisse nach sich. Umso plausibler war, die Dimension dieser Veränderung, auch ihre Chancen und Risiken, an der Konkurrenz der Perspektiven zu verdeutlichen, die im Spiel waren. Würden sich auch in erweiterten, sogar weltbürgerlichen Perspektiven selbstverständliche Gewissheiten entwickeln lassen, in denen die Menschen sich bei sich, zu Hause, fühlten? Und wie konnte den Gefahren regressiver Schließung begegnet werden?

Auch die Beiträge des Jahrbuchs 2004 waren durch das Vokabular der Perspektivität und die Reflexion auf ihre Leistungen deutlich geprägt, sei es, dass sie der Frage nachgingen, wie die anspruchsvolle sozialkognitive Aufgabe einer Erweiterung der „Solidarität unter Fremden“ gelingen könnte (Brunkhorst), sei es, dass gezeigt wird, wie das globale ökologische Ziel der Nachhaltigkeit den systemischen Imperativen der ökonomischen Globalisierung untergeordnet und dadurch aufgehoben wird (Brand), sei es, dass an der Perspektivik einer regionalen Lebens-

2 Eine ausführliche Rekonstruktion dieser Zusammenhänge und der Rolle der Perspektivität darin in Habermas 2019, Bd. 1, S. 233–245 – siehe auch unten, Teil 3.

welt erörtert wird, wie lebensweltliches Vertrauen in regionalen Lebensformen erhalten werden könnte, ohne sich in entgrenzten Horizonten zu verlieren oder regressiv zu verschließen (Gamm). Diese drei Beispiele müssen hier genügen. An nahezu allen Beiträgen ließe sich zeigen, wie ihre analytische Aufmerksamkeit einer Konstellation gilt, in der die lebensweltlichen Ressourcen individueller und sozialer Autonomie durch die Wucht weltmarkt- und weltmachtförmiger Globalisierung erdrückt zu werden drohen und eine überwältigende Systemintegration auch die verbleibenden Nischen der Sozialintegration überformen könnte. Und nahezu alle Beiträge pointierten in der einen oder anderen Weise die Hoffnung, dass die Verwerfungen der Lebensverhältnisse, wie sie die Globalisierung hervorgerufen hatte, politisch und pädagogisch in Lernprozessen bearbeitet werden könnten, deren Perspektive auf weltbürgerliche Horizonte ging.

3. „Zeitenwende“ – Ein Umsturz legitimer Perspektiven der Weltwahrnehmung

Als am 24. Februar 2022 Russland die Ukraine angriff, hallte der Westen wider vor Ausrufungen einer neuen Epoche. Besonders Deutschland: „Wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht“, erklärte Außenministerin Baerbock. Wenig später rief Bundeskanzler Scholz eine „Zeitenwende“ aus und kündigte eine Sonderdotierung der Bundeswehr von 100 Milliarden Euro an³. Die Ausrufung der „Zeitenwende“ war das Label einer 180°-Drehung der Legitimationshorizonte von Politik. Was vorher richtig war, erschien mit einem Schlag als grundfalsch. Friede als oberstes Gebot der Politik? Unbegreifliche Naivität. Clausewitz und Cicero machen jetzt den Stich. Internationale Zusammenarbeit? Am besten nur noch mit denen, die genau so denken wie wir. Außenpolitik als Konflikteindämmung? Im Gegenteil: Konflikte sind zuzuspitzen, das verlangte – schon vor dem Angriff – eine „wertebasierte Außenpolitik“.⁴

3 Außenministerin Baerbock im Anschluss an die Sitzung des Krisenstabes der Bundesregierung im Auswärtigen Amt zum russischen Angriff auf die Ukraine. germania.diplo.de/ru-de/aktuelles/baerbock-ukraine/2513404 – Olaf Scholz, Regierungserklärung am 27.2.2022: „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/992814/2131062/78d39dda6647d7f835bbe76713d30c31/bundeskanzler-olaf-scholz-reden-zur-zeitenwende-download-bpa-data.pdf> (letzter Abruf: 11.02.2024)

4 Die Definitionsangebote für „wertebasierte Außenpolitik“ sind eher dürftig. Das Auswärtige Amt bietet dazu unter der Überschrift „Werte und Interessen sind kein Gegensatz“ unter dem 20.12.2021 ein Interview der Außenministerin an, das die „Zeit“ mit ihr geführt hat (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/-/2502928> (letzter Abruf: 11.02.2024)). In ihm heißt es: „Es gibt weder hundertprozentige Interessen- noch Moralpolitik. Ein solches Schema passt nicht zu den Herausforderungen unserer Zeit. Wie gesagt, mein Anspruch als Außenministerin ist, auf Grundlage klarer Wertvorstellungen die Interessen Deutschlands in der Welt zu vertre-

Anbahnung eines Politikwechsels – Die Auseinandersetzung um „Nordstream 2“

Es ist richtig: Wer aufmerksam war, hatte eine Tendenz der Veränderung schon vorher wahrgenommen. Ein wichtiges Indiz waren die Auseinandersetzungen um Nordstream 2. Die Gaspipeline durch die Ostsee war schon seit einigen Jahren der Nasenring, an dem die Bundesregierungen durch die politische Arena gezogen wurden. Die am Nasenring zogen, hatten unterschiedliche Motive. Die Ukraine wollte weder die Transitgebühr für russisches Gas verlieren noch die Eingriffs- und Verhandlungsmacht, die die physische Kontrolle über Gaspipelines verliehen, die über ihr Gebiet führten. Polen und die baltischen Staaten blickten mit grundsätzlichem Misstrauen auf alles, was ihrem Wunsch einer scharfkantigen Abgrenzung gegenüber Russland nicht entsprach. Die USA hatten sich schon im Zeichen von Trumps „America first“-Politik, die Biden in vieler Hinsicht fortsetzte, bessere Absatzchancen für ihr weit teureres Fracking-Gas versprochen, wenn die Pipeline verhindert würde. Und die Biden-Administration schlug zudem, sobald sie sich Mitte 2021 überstürzt aus dem fehlgeschlagenen Regime-Wechsel-Abenteuer in Afghanistan zurückgezogen hatte, eine offensivere Gangart gegenüber Russland ein. Dafür fand sie auch in der deutschen Innenpolitik Verbündete. Die Grünen und Teile der CDU forderten immer lauter einen Stop von Nordstream 2 aus zunächst unterschiedlichen Gründen, die sich aber nach und nach in einer Kritik der langjährigen Ostpolitik der Bundesregierungen zentrierten.

Immer deutlicher wurde: Die Ablehnung von Nordstream 2 war das Banner, unter dem sich ein grundlegender Politikwechsel anbahnte. Die Rammböcke der Kritik richteten sich nach und nach auf ein geopolitisches Weltbild, das als „Entspannungspolitik“ die Konfrontation der Lager im Kalten Krieg durch ein Paradigma ersetzt hatte, das der Zusammenarbeit in Verhandlungen und Gesprächen den Vorrang vor dauernd bekundeter Konfrontationsbereitschaft gab. Auch der Wechsel zur Entspannungspolitik hatte damals den Horizont legitimer Politik grundlegend verändert und ihn erweitert. Weil dieser Paradigmenwechsel, verbunden mit den Namen von Willy Brandt und Egon Bahr, von der Bundesregierung im Hotspot der Lagerkonfrontation in Europa ausgegangen war und die Bundesregierungen seitdem das Erbe der Entspannungspolitik bewahrt hatten, war es nun die deutsche Politik, die als Hüterin einer Zitadelle der Zusammenarbeit und des Ausgleichs besonders bestürmt wurde.⁵

ten.“ Zu den „Herausforderungen unserer Zeit“ heißt es an anderer Stelle: „Wir leben in einer Welt, in der es zwar zum Glück keine Blockkonfrontation mehr gibt, aber einen Wettbewerb zwischen autoritären Kräften und liberalen Demokratien.“

- 5 Die Sprengung beider Pipelines, durch die kein Gas mehr floss, am 26.9.2022 nimmt sich wie ein demonstrativ- spektakulärer Schlusspunkt aus. Bisher ungeklärt ist die Frage nach dem Verursacher. Zu den in Recherchen begründeten Vermutungen gab es kurzzeitig zahlreiche mediale Äußerungen, etwa im Deutschlandfunk am 18.9.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/nord->

Konfrontation statt Kooperation – Die Rückkehr des bellizistischen Blicks

Der tatsächliche Angriff Russlands auf die Ukraine wirkte dann wie ein rechtfertigender Donnerschlag einer umstürzenden Politikwende. Wer so unverhohlen sich einen unabhängigen Staat einverleiben, zumindest dort einen Regimewechsel herbeiführen wollte – löste der sich nicht für alle sichtbar aus dem Geflecht der internationalen Politik als Form der Zusammenarbeit auch in kontroversen Konstellationen und präsentierte sich als brutaler Aggressor, mit dem nicht mehr zu reden war? Nun galt nur noch dieses überwältigende Faktum, und das, was sich im Horizont seines Lichtkegels zeigte. Der radikale Umsturz legitimer Perspektiven nach dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022 rückte Konfrontation ins Zentrum des politischen Weltbildes und spaltete die Welt in Freund-Feind-Konstellationen. Unversehens in die fünfziger und sechziger Jahre zurückversetzt fühlte sich, wer diese Zeiten noch erlebt hatte. Nicht von ungefähr: Wie damals sollte es nun nur noch der geteilte Horizont des Freund-Lagers sein, in dem politische und moralische Urteile legitim gefällt werden konnten. Wer jetzt darüber hinausgriff, aus einem lagerübergreifenden Horizont argumentierte, setzte sich, wie damals, ausschließenden Diskreditierungen wie „Putinverstehler“ („geh doch nach drüben“) oder „Lumpenpazifisten“ aus.⁶

Wie mit einem Zauberstab war nun auch die Legitimität einer Perspektiven-erweiterung zum Verschwinden gebracht, in der sich seit den sechziger Jahren nicht nur ein Gegenbild zur rassistischen Weltordnung des Nationalsozialismus gebildet hatte, sondern auch alle Ungleichheitsverhältnisse von Kolonialismus, Imperialismus und Klassenverhältnissen über nationalistische, völkische oder ethnoreligiöse Lebensordnungen bis zu den Geschlechterverhältnissen zur Kritik standen. Denn der politisch-moralische Kern der Ungleichheitskritik war

stream-pipelines-anschlag-100.html) oder im NDR -Nordmagazin am 25.9.2023 (<https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-pipelines-anschlag-100.html>) (letzter Abruf: 11.02.2024).

Angesichts der Dimension und Bedeutung der Vorgänge um die Nordstream-Pipelines ist die publizistische Zurückhaltung verwunderlich. Sie lässt sich aber im Rahmen der Umperspektivierung der Weltpolitik deuten.

Eine kritische Darstellung aus der Perspektive des außenpolitischen Realismus mittlerweile bei Michael Lüders (2023), S. 32–74.

- 6 Ein Überblick über solche Redeweisen im „Freitag“, 21.7.2023, S. 6. – Manchmal verdichteten sich gezielt diskreditierende Äußerungen zu regelrechten Wogen. Die erste löste ein von der Zeitschrift „Emma“ angestoßener Offener Brief an Kanzler Scholz aus (<https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>). Etliche mediale Äußerungen dazu konnten sich kaum zügeln, die Urheber und die Unterzeichner verächtlich zu machen, z. B. Herfried Münkler: „Ratgeber ohne Sachverstand. Die Unterzeichner des offenen Briefs in der ‚Emma‘ legen der Ukraine eine Kapitulation nahe. Das ist angesichts der deutschen Geschichte unverschämt.“ (Z+, 7.5.2022, <https://www.zeit.de/kultur/2022-05/offener-brief-emma-ukraine-krieg-waffenstillstand-zweiter-weltkrieg>) oder „Das ist Täter-Opfer-Umkehr in Reinkultur“ von Wolfgang Müller (Spiegel Online, 1.5.2022, <https://www.spiegel.de/politik/offener-brief-in-emma-das-ist-taeter-opfer-umkehr-in-reinkultur-debattenbeitrag-a-f2720094-9246-4c63-8d2e-31a661750f2a>) (letzter Abruf: 11.02.2024)

eine universalistische Perspektive, aus der menschliche Handlungen und gesellschaftliche Verhältnisse nur zu rechtfertigen waren, wenn sie aus der Sicht aller Menschen als gerecht gedacht werden konnten. Auch wenn das Verhalten der Mächte – sowohl der imperialen als auch ihrer Stellvertreter – in den konfliktiven Weltverhältnissen diesem idealen Maßstab nicht entsprach, so hatten sie doch bei aller Schärfe im Dissens die Perspektive der anderen als eine eigene respektiert, die Anspruch auf Beachtung hatte.

Wie realistisch diese ideale Orientierung sein konnte, hatte die gefährlichste Krise im Kalten Krieg, die Kubakrise 1962, gezeigt. Ihre Lösung war eben der Grundnorm gefolgt, die Perspektive des Gegenübers als eine legitime Perspektive der Selbsterhaltung anzuerkennen. Dementsprechend hatten beide Seiten Raketstellungen zurückgezogen, durch die sich der jeweils andere aus unmittelbarer Nähe bedroht fühlte. (Vgl. etwa Kershaw 2019, S. 49) Genau das aber sollte nach dem 24. Februar 2022 nicht mehr gelten, und Praxen einverständiger Wechselseitigkeit erschienen nun als schuldhaft Verirrung, für die Entschuldigungen verlangt wurden⁷. Das dementierte nicht nur die universelle Wechselseitigkeit der Perspektiven und deren Anerkennung als letzte, rettende Instanz in Konflikten. Sondern es bestritt auch die Geschichtlichkeit und Fallibilität von Wahrheit, auch dies eine Verleugnung der unaufhebbaren Perspektivität menschlichen Denkens und Handelns, an der, wie unten ausgeführt, menschliche Entwicklung als Praxis kooperativen Überlebens hängt.

Im Westen hatte der russische Angriff wie eine Epiphanie der ein für alle Mal gerechten moralischen Empörung gewirkt und die einflussreichsten Medien verstanden sich als deren Verkünder (vgl. Precht/Welzer 2022, S. 19 ff.). Noch heute werden etwa Rundfunknachrichten über den Krieg in der Ukraine rituell mit dem Hinweis eingeleitet, dass es sich um einen russischen Angriffskrieg handle, als gelte es, die gesinnungsethische Magie des Anfangs als einzig legitime Perspektive auch für den weiteren Verlauf des Krieges, die Formen der Unterstützung der Ukraine, die manifeste Kriegsbeteiligung des Westens und die Erörterungen über das Ende des Krieges festzuhalten. Wie die Sichtweise des außenpolitischen Realismus, der Interessenlagen und Perspektiven des Gegenübers ernst nimmt, war auch eine verantwortungsethische Betrachtungsweise, die die Erör-

7 Aufforderungen, sich für die Politik gegenüber Russland zu entschuldigen, wurde insbesondere an Angela Merkel als Kanzlerin von 2005–2021 und den langjährigen Außenminister Frank Walter Steinmeier gerichtet. Über Steinmeiers selbstkritische Ausführungen vor Journalisten berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ am 5.4.2022: „Fehler bereuen, Lehren ziehen. Steinmeier hat Irrtümer im Umgang mit Putin eingeräumt und fragt sich, wann Deutschland seinen Kurs hätte ändern müssen. Dem ukrainischen Botschafter geht das Eingeständnis nicht weit genug.“ <https://www.sueddeutsche.de/politik/steinmeier-putin-russland-ukraine-1.5561357> – Hingegen lehnte Angela Merkel es mit Verweis auf den jeweiligen geschichtlichen Kontext ab, sich zu entschuldigen: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/angela-merkel-will-sich-fuer-ukraine-politik-nicht-entschuldigen-18087496.html> (letzter Abruf: 11.02.2024)

terung und Abwägung der Folgen politischer Handlungen für unabdingbar hält, nun außer Kurs gesetzt. Sie war lange – wie der außenpolitische Realismus – die Leitwährung reformistischer und konservativer Politiken im Westen gewesen. Nun vertrug sich ihr schlichter Grundsatz, „daß man für die (voraussehba- ren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat“ (Weber 1919/1988, S. 552), nicht mehr mit der Fiktion einer auf Dauer gestellten moralischen Empörung, die jede abwägende Erörterung der Folgen etwa von eskalierenden Waffenlieferungen als eine Form des Gedankenverrats ablehnte. Denn solche Folgenabwägungen hätten ja das Eingeständnis eingeschlossen, dass dieser Krieg mit jeder kriegsunterstüt- zenden Maßnahme, insbesondere den in ihrem Offensivvermögen sich steigern- den Waffenlieferungen, zu einer auch vom Westen zu verantwortenden Angele- genheit geworden ist.⁸

Die Parole, allein die Ukraine entscheide über Ziele und Ende des Krieges, war daher keineswegs mehr so alternativlos zwingend, wie sie nun als Nagelprobe von allen verlangt wurde, die sich zum Krieg in der Ukraine äußern wollten. Doch entfaltete sich, angetrieben von der Bild-Zeitung, eine regelrechte Siegfrieden- Kampagne, die ein Ende des Krieges an einen nur von der Ukraine zu definieren- den Sieg knüpfte und insbesondere Politiker der Regierungskoalition zur öffent- lichen Festlegung darauf drängte.⁹ Das trieb die Verengung des Sichtfeldes noch weit über die Festlegung auf den Lagerhorizont hinaus, denn nun sollte die Per- spektive der ukrainischen Führung die einzige sein, aus der legitim auf den Krieg und den Kriegsverlauf, die Kriegsziele und auf ein Ende des Krieges geblickt wer- den durfte. Das war wie jener Automatismus einer „Nibelungentreue“, die durch

8 Das ist eines der Argumente, mit denen Jürgen Habermas in seinem Essay: „Ein Plädoyer für Verhandlungen“ (SZ, 15.2.2023) die Ausrichtung westlicher Unterstützung auf das Maximal- Ziel ‚Sieg der Ukraine‘ kritisiert und für die Orientierung am zurückhaltenderen ‚Die Ukraine darf den Krieg nicht verlieren‘ plädiert. Habermas’ abwägend argumentierender Essay fand in der Medienlandschaft – im Unterschied zu seinen früheren politischen Interventionen – keine freundliche Aufnahme. Zwar unterblieben angesichts der Reputation von Habermas persön- liche Invektiven, doch wird Habermas’ Urteilsfähigkeit in dieser Angelegenheit in Zweifel ge- zogen. Sehr weit geht darin ein von Daniel Cohn-Bendit und Claus Leggewie gezeichneter Arti- kel in der „taz“, der die Orientierung an der Maximalposition eines Sieges der Ukraine, ihrer vollständigen Wiederherstellung, zudem eines Regimewechsels in Russland fordert und erwart- et: „Habermas’ Vorschläge werden in der Ukraine und bei der sie stützenden Solidaritätsbewe- gung im Westen auf entschiedene Ablehnung stoßen.“ (Debatte um Verhandlungen im Ukrai- ne-Krieg: Habermas unterschlägt die Risiken. taz.de/Debatte-um-Verhandlungen-im-Ukrai- nekrieg/15913766/) (letzter Zugriff: 12.02.2024)

9 Zusammenfassend zu dieser Kampagne Der Spiegel, 31, 5, 2023: „Darum will die Bundesregie- rung nicht von einem Sieg der Ukraine sprechen. Soll die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen? Kanzler Scholz und vielen Ampelministern fällt eine klare Antwort auf diese Frage schwer. Das hat Gründe. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-russland-krieg-warum-deutschland-nicht-von-einem-sieg-der-ukraine-spricht-a-1daa644c-5747-4b1b-bf7e-428ecf18b56d> (letzter Abruf: 11.02.2024)